

Editorial

In den vergangenen Jahren haben viele Bürger das Vertrauen in die politischen und gesellschaftlichen Institutionen verloren. Politikern, Managern, Nichtregierungsorganisationen aber auch Medien wird immer mehr Misstrauen entgegengebracht, „denen da oben“ kaum mehr geglaubt. Ein Grund dafür mag darin liegen, dass sich viele Bürger von Entscheidungen „der Eliten“ ausgeschlossen fühlen, die sie persönlich betreffen: Der Windpark vor der Haustür, die Stromleitung über dem Grundstück, das Flüchtlingswohnheim in der Nachbarschaft. Doch mehr als drei Viertel der Deutschen wollen ihre Sicht darlegen und mitdiskutieren können, bevor Kommunalvertreter Entscheidungen treffen.



Politik und Wirtschaft haben dies erkannt und versucht, über Gesetzgebung wie auch Handlungsleitfäden für das Management von Großprojekten Einfluss auf die Verfahren der Öffentlichkeitsbeteiligung zu nehmen: Das Gesetz zur Verbesserung der Öffentlichkeitsbeteiligung und Vereinheitlichung von Planfeststellungsverfahren regelt beispielsweise die frühzeitige Öffentlichkeitsbeteiligung bundesweit, Richtlinien wie die VDI 7000 und 7001 des Vereins Deutscher Ingenieure geben konkrete Hinweise für die Vorbereitung und Umsetzung früher Öffentlichkeitsbeteiligung bei Industrie- und Infrastrukturprojekten. Somit besteht heute eine Vielzahl allgemeiner und spezifischer Regelungen mit unterschiedlichen Verbindlichkeiten. Die Qualität der Teilhabe variiert dabei von einseitiger Information über Stellungnahmen einholende Konsultation bis hin zu Kooperation und Mitentscheidung.

Die aktuelle Ausgabe des CCJ betrachtet unterschiedliche Einflussfaktoren auf das Gelingen von Öffentlichkeitsbeteiligung: Thieme untersucht die Rolle der distributiven, prozeduralen, informational und interpersonalen Gerechtigkeit in Bezug auf die Akzeptanz von Projekten; Funke identifiziert Erfolgsfaktoren für die Akzeptanz von Windparks; Umansky erörtert im Kontext des Forschungsprojektes „[Net Future Niedersachsen](#)“, welche Rolle gegenseitige Verständigung im Kontext der Risikokommunikation beim Stromnetzausbau spielt. Allesamt beschäftigen sie sich mit den Möglichkeiten und Handlungsoptionen, um mittels Kommunikation bzw. Kommunikationsstrategien die Akzeptanz von Entscheidungen im Bereich Infrastruktur zu verbessern und so Verfahren zu beschleunigen und Transaktionskosten zu senken. Es geht grundsätzlich um die Frage, ob eine frühzeitige Einbindung in Planungs- und Entscheidungsprozesse die Akzeptanz erhöht und welche Konsequenzen dies für die Kommunikationsstrategien der Akteure hat.

Wir freuen uns auf Ihre Anregungen und Kommentare!

Prof. Dr. Reinhold Fuhrberg

Prof. Dr. Susanne Knorre

Osnabrück/Lingen, den 01. März 2017